



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Harburg

Bezirksamt Harburg - Bauprüfung - 21073 Hamburg

###

Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und
Umwelt
Bauprüfung

Harburger Rathausforum 2
21073 Hamburg
Telefon 040 - 4 28 71 - 23 89 (Geschäftsstelle)
Telefax 040 - 4 27 90 - 76 45
E-Mail wbz@harburg.hamburg.de

Ansprechpartnerin: ###
Zimmer ###
Telefon 040 - 4 28 71 - ###
Telefax ###
E-Mail ###

GZ.: H/WBZ/05727/2013
Hamburg, den 17. Juli 2014

Verfahren
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
15.05.2014

Grundstück
Belegenheiten
Baublock
Flurstück

701-032
3974 in der Gemarkung: Harburg

Bühnenerweiterung Theater Harburg

ÄNDERUNGSBESCHEID

Nummer 1 zum Genehmigungsbescheid vom **25. Februar 2014**
über die Änderung des Umfangs der Bühnenerweiterung

Dieser Bescheid schließt ein:



WC

Sprechzeiten:
Mo-Di 08.00-10.00 Uhr
Do-Fr 08.00-10.00 Uhr
Di+Do 14.00-15.00 Uhr

Öffentliche Verkehrsmittel:
S3, S31, 141, 241, 142, 242, 143, 243,
443, 144, 145, 245, 153, 157 Harburg
Rathaus

1. Genehmigung nach §§ 9 und 11 des Hamburgischen Denkmalschutzgesetzes in der geltenden Fassung für die Veränderung an unbeweglichen Denkmälern, Gebäudegruppen und Gesamtanlagen.

Die denkmalrechtliche Zustimmung gemäß §§ 9 und 11 DSchG wird mit folgenden Nebenbestimmungen erteilt:

Nebenbestimmung

- 1.1. Die Ausführungsplanung nebst detaillierter Maßnahmenbeschreibung sind dem Denkmalschutzamt vorzulegen.
- 1.2. Der Beginn der Arbeiten ist schriftlich dem Denkmalschutzamt anzuzeigen.
- 1.3. Für die Maßnahme ist ein verantwortlicher Bauleiter zu benennen.
- 1.4. Das Denkmalschutzamt ist über die laufenden Arbeiten zu unterrichten; ggf. Teilnahme an Bauberatungen.
- 1.5. Vor-, Zwischen-, und Endzustände sowie Arbeiten, die zur Veränderung des Bestandes führen, sind in Wort und Bild zu dokumentieren und dem Denkmalschutzamt vorzulegen.
- 1.6. Die Fertigstellung der Maßnahme ist umgehend dem Denkmalschutzamt schriftlich anzuzeigen und durch dieses abnehmen zu lassen.

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

19 / 30	Lageplan
19 / 31	Grundriss / Untergeschoss
19 / 32	Grundriss / Erdgeschoss
19 / 33	Grundriss / Obergeschoss
19 / 34	Schnitt A-A
19 / 35	Schnitt B-B
19 / 48	Ansicht Norden - geplante Ziegelvorhangfassade
19 / 49	Ansicht Westen - geplante Ziegelvorhangfassade
19 / 50	Ansicht Osten / Süden - geplante Ziegelvorhangfassade
19 / 51	Brandschutzkonzept (41 Seiten), Stand: 11. Juni 2014
19 / 52	Lageplan - Anlage 1 zur Bauvorlage 19/51
19 / 53	Grundriss / Untergeschoss - Anlage 2 zur Bauvorlage 19/51
19 / 54	Grundriss / Erdgeschoss - Anlage 3 zur Bauvorlage 19/51
19 / 55	Grundriss / Obergeschoss - Anlage 4 zur Bauvorlage 19/51

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

Die Vorlagen Nummer 19/12-19/17, 19/19-19/21, 19/29 werden ungültig.

Punkt 8 des Genehmigungsbescheides vom 25. Februar 2014 entfällt durch diese Änderungsplanung und ist aufgehoben.

Punkt 19 des Genehmigungsbescheides vom 25. Februar 2014 entfällt durch diese Änderungsplanung und ist aufgehoben.

Genehmigungseinschränkungen (aufschiebende Bedingung)

2. Mit den entsprechenden Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn über folgende Prüfgegenstände ein Ergänzungsbescheid erteilt worden ist:

2.1. Standsicherheit

2.2. Wärmeschutz

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die Nebenbestimmungen und Hinweise entsprechend der

Anlage 1 - bauordnungsrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage 2 - arbeitnehmerschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Weitere Anlagen

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

Anlage 1 zum Änderungsbescheid

BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Bei der Ausführung und dem Betrieb der Anlage sind u. a. die nachstehenden Vorschriften einzuhalten:

- Hamburgische Bauordnung . HBauO
- Versammlungsstättenverordnung - VStättVO

Brandschutz - Rettungswege

3. Zur Sicherstellung des zweiten Rettungsweges aus den Gebäudeteilen mit der Belegenheit Knoopstraße 12 und 14 sind Aufstellflächen für Hubrettungsgeräte erforderlich. Die Aufstellflächen sind nach "Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" auszuführen und zu kennzeichnen.
Gegen die in der Bauvorlage 19/51 gemachten Aussagen zu dem Verlauf der zweiten Rettungswege aus angrenzenden Nutzungen bestehen dann keine Bedenken, wenn die jeweiligen Aufstellflächen den Rettungsöffnungen in einem aktuellen Lageplan zugeordnet werden. Auf der öffentlichen Straße sind die Feuerwehraufstellflächen außerhalb von Parkflächen zu planen. Es wird auf die nachfolgenden Punkte 6. und 7. verwiesen.
Die abgestimmte Planung ist bei der im Briefkopf genannten Dienststelle einzureichen.
4. Es bleibt bei einer Mittelbühne. Gegen das kleine Magazin (mit interner Treppe) über 2 Geschosse bestehen keine Bedenken, weil brandschutztechnisch qualifiziert umschlossen.
5. Die anlagentechnische Infrastruktur ist den baulichen Veränderungen gemäß Bauvorlage 19/51 anzupassen. Die Bescheinigungen nach § 15 PVO sind bis zur Innutzungnahme der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen.
6. Es ist in Abstimmung mit der zuständigen Feuer- und Rettungswache Harburg, Großmoorbogen 8, 21079 Hamburg, Tel. (040) 42851-3101, Fax. 42851-3109, E-Mail: WF31@feuerwehr.hamburg.de eine Brandschutzordnung, Teil A und B gemäß DIN 14096 zu erstellen.
Der Teil A der Brandschutzordnung muss an geeigneten Stellen gut sichtbar aufgehängt werden. Der Teil B der Brandschutzordnung ist auf dem aktuellen Stand zu halten.
Das Betriebspersonal ist im Rahmen der Brandschutzordnung bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach mindestens einmal jährlich zu unterweisen.
7. In vorheriger Abstimmung mit dem Wachführer der zuständigen Feuer- und Rettungswache und Rettungswache Harburg, Großmoorbogen 8, 21079 Hamburg, Tel. (040) 42851-3101, Fax. 42851-3109, E-Mail : WF31@feuerwehr.hamburg.de sind die allgemeinen Objektinformationen, ein Übersichtsplan und ggf. ein Umgebungsplan des Objektes gemäß DIN 14095 (Feuerwehrpläne für bauliche Anlagen) zu erarbeiten und ständig auf dem aktuellen Stand zu halten.
Die Pläne sind der zuständigen Feuer- und Rettungswache als pdf -Datei per E-Mail und in Papierform zur Verfügung zu stellen. Ein Exemplar ist ständig am abgestimmten Platz beim Objekt für die Feuerwehr bereit zu halten.

Anlage 2 zum Änderungsbescheid

ARBEITNEHMERSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Arbeitsschutz - Arbeitnehmerschutz
Billstraße 80
20539 Hamburg

AUFLAGEN

Vorschriften

Bei der Ausführung und dem Betrieb der Anlage müssen Sie das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), das Produktsicherheitsgesetz (ProdSG), das Chemikaliengesetz (ChemG) und die daraus erlassenen Rechtsvorschriften einhalten.

Nebenbestimmungen

8. Die Arbeitsplätze und Verkehrswege (Treppen, Podeste, Beleuchtergänge, Steuerstände und andere begehbare Flächen), die mehr als 1,00 m über angrenzenden Flächen liegen, sind mit mindestens 1,00 m hohen Absturzsicherungen zu umwehren. Bei Absturzhöhen über 12 m müssen die Umwehungen mindestens 1,10 m betragen. Knie- und Fußleisten sind entsprechend ASR A 2.1 zu berücksichtigen.
(ASR A 2.1 „Schutz vor Absturz...“)
9. An der Bühnenvorderkante müssen wirksame Einrichtungen gegen Abstürzen von Personen vorhanden sein. Lassen sich im Einzelfall aus zwingenden szenischen Gründen diese Einrichtungen nicht verwenden, müssen Einrichtungen zum Auffangen (z.B. Auffangnetze) abstürzender Personen angebracht werden. Ist die Verwendung dieser Auffangeinrichtung aus zwingenden szenischen Gründen nicht möglich, muss die Absturzkante gekennzeichnet und bei allen Beleuchtungsverhältnissen deutlich erkennbar sein.
(§ 6 GUV-V C1 „Veranstaltungs- u Produktionsstätten für szenische Darstellung“)
10. Die Fluchtwege sind als solche deutlich erkennbar und dauerhaft zu kennzeichnen.
(ArbStättV Anhang Ziff. 1.3 und ASR A 1.3 „Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung“)
11. Die sicherheits- und maschinentechnischen Einrichtungen (z.B. Sicherheitsbeleuchtungsanlagen, Feuerlöscheinrichtungen, Schutzvorhänge, Unter- u. Obermaschinerie, wie Drehscheiben, Punkt- u. Prospektzüge) sind vor der ersten Inbetriebnahme einer Prüfung zu unterziehen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist entsprechend zu dokumentieren.
(§ 10 Betriebssicherheitsverordnung i.V.m. §§ 33, 36 UVV „Veranstaltungs- und Produktionsstätten für szenische Darstellung“-BGV C1)
12. Auf den Dachflächen sind zum Erreichen von Betriebseinrichtungen (z.B. Kältemaschinen, Antennenanlagen, Werbeträger) arbeitsstättengerechte

Verkehrswege anzulegen. Diese sind mit Umwehrungen oder entsprechenden Einrichtungen zum Schutz gegen Absturz zu versehen. (ArbStättV Anhang Ziff.2.1)

13. Die Lichtkuppeln (Oberlichter, RWA) müssen durchtrittssicher ausgeführt sein. Anderenfalls besteht Absturzgefahr z.B. beim Reinigen der Lichtkuppeln von außen. Alternativ können auch 1m hohe Umwehrungen als Schutz gegen Absturz installiert werden. Sollten die Lichtkuppeln zu öffnen sein, sind Absturzsicherungen notwendig.
(§ 3 ArbStättV u. Anhang Ziff. 1.5 u. 2.1)
14. Durch die Möglichkeit des Einbiegens der Kraftfahrzeuge direkt in den ungesicherten Verkehrsweg vor dem Gebäude besteht für die Benutzer, die das Gebäude durch die Zugangstür verlassen, eine Gefährdung angefahren zu werden, bzw., dass Fahrzeuge den Fußweg/ Verkehrsweg für Fußgänger zuparken. Verkehrswege müssen ständig freigehalten werden, damit sie jederzeit benutzt werden können.
(§ 4 ArbStättV).
Die Verkehrswege sind entspr. Ziff. 1.8 Anhang zur ArbStättV i.V.m. ASR A 1.8 „Verkehrswege“ anzulegen und dauerhaft deutlich zu kennzeichnen. Sie sind nach Möglichkeit für den Fahrzeugverkehr und Gehverkehr getrennt anzulegen. Verkehrswege für Fahrzeuge müssen in einem Abstand von mind. 1,00 m an Türen und Toren, Durchgängen, Durchfahrten und Treppenaustritten vorbeiführen.
15. Die Abnahmeprüfbescheinigung über die Prüfung des Rolltores ist zur Einsichtnahme bereit zu halten.
(§ 4 ArbStättV, § 3 BetrSichV)
16. Die Mindestbreite der Wartungsgänge zu den Betriebseinrichtungen (Winden) auf der Wartungsebene muss mind. 0,5 m betragen. Eine Durchgangsbreite zwischen Geländer und Winden von ca. 35 m ist unzulässig.
(ASR A 1.8 „Verkehrswege Nr. 4.2, § 4 ArbSchG)
Der vorhandene „Wartungsgang“ im Deckenhohlraum entspricht nicht dem Arbeitsschutzgesetz und ist dauerhaft für den Gebrauch zu sperren.

HINWEISE

17. Da der Transport von Lasten zum Magazin über technische Hilfsmittel nicht ersichtlich ist, wird von einer manuellen Handhabung ausgegangen. Ein Lastentransport mittels Kettenzug oder vergleichbarem, bei dem die Absturzsicherung, z.B. Geländer, an der Absturzstelle entfernt werden und der Beschäftigte sich zum Einholen des Lagergutes über die Absturzstelle beugen muss, ist unzulässig.
(§ 3 ArbStättV, §§ 3,4 ArbSchG)

Bei dem Transport von Lasten, ist die Lastenhandhabungsverordnung zu beachten und einzuhalten.

Der Arbeitgeber hat unter Zugrundelegung des Anhangs geeignete organisatorische Maßnahmen zu treffen oder geeignete Arbeitsmittel, insbesondere mechanische Ausrüstungen, einzusetzen, um manuelle Handhabungen von Lasten, die für die Beschäftigten eine Gefährdung für Sicherheit und Gesundheit, insbesondere der Lendenwirbelsäule mit sich bringen, zu vermeiden.

Können manuelle Handhabungen von Lasten nicht vermieden werden, hat der Arbeitgeber bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes die Arbeitsbedingungen insbesondere unter Zugrundelegung des Anhangs zu beurteilen. Aufgrund der Beurteilung hat der Arbeitgeber geeignete Maßnahmen zu treffen, damit eine Gefährdung von Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten möglichst gering gehalten wird.

(§ 2 Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der manuellen Handhabung von Lasten bei der Arbeit (Lastenhandhabungsverordnung - LasthandhabV)

Transparenz in HH

Anlage

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Hamburger Informationsregister veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Informationsregister wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Errichtung

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Nichtwohngebäude

Zahl der Vollgeschosse: 1 Vollgeschoss